Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

290 (12.12.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. XI. 3332.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 290 | **Donnerstag, den 12. Dezember 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk sprach in Berlin über die Finanzen des Reiches und die Aufgaben der deutschen Finanzpolitik.

*

In der abessinischen Hauptstadt kam es am Mittwoch zu einer Panik, weil ein italienischer Fliegerangriff befürchtet wurde.

*

In Prag hat die vor kurzem gebildete Regierung Hodza am Mittwoch ihren Rücktritt angeboten, weil sich innerhalb des Kabinetts Gegensätze zeigten.

*

Der Pariser Friedensplan, den Laval und Hoare vereinbarten, ist im englischen Kabinett nur unter Schwierigkeiten und Abänderungen durchgedrungen, nun aber perfekt.

*

Laval und Eden sind am Mittwoch abend nach Genf gefahren, um an der heutigen Sitzung des Völkerbundsausschusses teilzunehmen. Die Oelsperre wird sicherlich weiter hinausgeschoben.

Glückwunsch des Führers an Reichsminister Kerrl

Berlin, 11. Dez. Der Führer und Reichskanzler hat an den Reichs- und preußischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten, Hans Kerrl, anläßlich dessen 48. Geburtstages folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Zu Ihrem Geburtstage sende ich Ihnen im treuen Gedenken meine aufrichtigen Glückwünsche. Ich weiß, daß dem Wohle Deutschlands zu dienen Ihnen immer heiligste Pflicht war. Das Vertrauen, das ich und mit mir Millionen treuer deutscher Volksgenossen in Sie setzen, ist begründet in der Lauterkeit Ihres Charakters und der Reinheit Ihres Wollens. Nehmen Sie meinen herzlichen Dank entgegen für die der Bewegung und dem Vaterlande bisher geleisteten Dienste."

Das Ehetauglichkeitszeugnis

Die erste Durchführungsverordnung zum Ehegesundheitsgesetz, die soeben ergangen ist, regelt im einzelnen das Verfahren für die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses. Dabei wird noch einmal darauf hingewiesen, daß vorläufig noch das Ehetauglichkeitszeugnis nur bei zu bringen ist, wenn der Standesbeamte begründete Zweifel über das Vorliegen eines Ehehindernisses hat. Zwecks Erlangung des Ehetauglichkeitszeugnisses hat sich jeder Verlobte bei dem Gesundheitsamt untersuchen zu lassen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Das Gesundheitsamt stellt entsprechende Ermittlungen über die Erbgesundheit der Verlobten an. Der Verlobte kann sich auch von einem vom Reichsärzteführer hierfür zugelassenen Arzt der freien Praxis untersuchen lassen, und zwar kostenlos, wenn er einer reichsdeutschen Krankenkasse oder einer Ersatzkasse angehört. Das Untersuchungsergebnis wird an das zuständige Gesundheitsamt weitergeleitet. Die Ausstellung des Ehetauglichkeitszeugnisses erfolgt durch das für die Untersuchung der Braut zuständige Gesundheitsamt. Es wird ungültig, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach der Ausstellung geschlossen wird. Für die Erteilung oder Versagung des Ehetauglichkeitszeugnisses wird von jedem Verlobten eine Gebühr von 5 Mark erhoben, die bei Bedürftigkeit ermäßigt oder erlassen wird. Gegen die Versagung oder Zurücknahme des Ehetauglichkeitszeugnisses kann jeder Verlobte die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes anrufen, und gegen die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes ist auch noch Beschwerde an das Erbgesundheitsobergericht zulässig. Für das gerichtliche Verfahren wird in jedem Rechtszug eine Gebühr von 5 Mark erhoben. Die Kosten des Verfahrens muß der unterliegende Verlobte tragen. Ist rechtskräftig festgestellt, daß ein Ehehindernis nicht besteht, so werden die gerichtlichen Gebühren erstattet. Das Aufgebot darf erst angeordnet werden, wenn dem Standesbeamten das Ehetauglichkeitszeugnis vorgelegt worden ist. Die Verordnung trifft auch eine Regelung für die Fälle, in denen ein Verlobter seinen Aufenthalt im Auslande hat.

Verhaftung des Berliner Domkapitulars Dr. Banasch

unter dem Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen

Berlin, 11. Dez. Die Geheime Staatspolizei nahm vor kurzem nach Verständigung des Herrn Reichs- und preußischen Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten eine Haussuchung in den Räumen der „Informationsstelle der Bischöflichen Behörden Deutschlands" in Berlin vor. Der Geschäftsführer der Informationsstelle, Domkapitular Prälat Dr. Banasch, dessen Sekretär, sowie einige katholische Geistliche im Reich wurden unter dem dringenden Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen verhaftet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Neue Aufgaben der deutschen Finanzpolitik

Vortrag des Reichsfinanzministers

Berlin, 11. Dez. Im Rahmen der Vortragsreihe „Die öffentliche Verwaltung im Dritten Reich" sprach vor der Verwaltungsakademie Berlin Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk im Auditorium maximum der Universität über „Deutsche Finanzpolitik".

Nach einer kurzen Erinnerung an die erste große Finanzkatastrophe der Nachkriegszeit im Jahre 1923 schilderte der Redner die katastrophale Lage, die der Nationalsozialismus 1933 auf dem Gebiete der Finanzpolitik vorfand: keinerlei Rücklagen in den öffentlichen Haushalten und in der Privatwirtschaft, Fehlbeträge und Verluste und schließlich der ungeheure wirtschaftliche und moralische Druck einer Armee von 6 Millionen Arbeitslosen.

Der Minister schilderte nun im Einzelnen die Maßnahmen der Kredit- und Haushaltspolitik, den konzentrischen Angriff auf die Arbeitslosigkeit, die Aktivierung der Steuerpolitik. Er ging dann auf die Entwicklung des Schuldenstandes ein, der unter Einbeziehung der noch nicht eingelösten und daher noch nicht öffentlich ausgewiesenen Arbeitswechsel in den Jahren der Krise von 1930 bis 1933 um 3.7 Milliarden und in den zweieinhalb Jahren des Aufbaues seit 1933 um 7 Milliarden gestiegen sei. In den Jahren der Krise seien aber die aufgenommenen Kredite lediglich Defizitkredite der öffentlichen Hand gewesen, denen also die Möglichkeit einer späteren Abdeckung aus steigenden Einnahmen oder einer Besserung des Haushalts nicht gegenüberstand. Die Verschuldung der Jahre nach 1933 dagegen sei die Folge einer aktiven Konjunkturpolitik gewesen, die sich die sicheren Einnahmen, aus denen diese Kredite zurückgezahlt werden können, geschaffen habe.

Als ein weiteres Kennzeichen für die echte Aufwärtsentwicklung neben der Arbeitsbeschaffung bezeichnete der Redner die besonders erfreuliche Zunahme des Gesamtaufkommens der Reichssteuern, die sich von 1932 bis 1933 trotz beträchtlicher Steuersenkungen um 2,5 Milliarden erhöht und damit eine Verbesserung der Haushaltslage um 4 Milliarden ermöglicht hätten. Die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sei in erster Linie diesem Umstand zuzuschreiben. Es sei gelungen, die in der Krisenzeit entstandenen Fehlbeträge zu beseitigen, den Schuldendienst für die aufgenommenen kurzfristigen Kredite sicherzustellen und wieder normale Aufträge der öffentlichen Hand in den laufenden Haushalt aufzunehmen. Trotz dieser gewaltigen Steigerung der Steuereinnahmen habe jedoch der Reichshaushalt noch nicht ausgeglichen werden können und zwar wegen der Ausgaben für den Arbeitsdienst und die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes. „Aber trotz aller Sorgen, die sie uns bereiten", so rief der Minister unter stürmischem Beifall aus, „möchten wir doch die Ausgabenerhöhungen für Arbeitsdienst und Wehrmacht in unserem Etat nicht missen."

Der Minister warf dann die Frage auf:

„Wie werden die Mittel für die neue deutsche Wehrmacht aufgebracht?"

„Es liegt einfach", so führte er aus, „die Ausnutzung einer durch die aktive Kreditpolitik geschaffenen wirtschaftlichen Lage vor, die es uns ermöglicht, auf diesem Wege in wirtschaftsrichtiger Form fortzufahren. Die **stärkere Sparbildung und Flüssighaltung auf dem Geldmarkt** ermöglicht uns immer wieder, daß wir die mobilen Gelder für die Zwecke der öffentlichen Finanzierung heranziehen und je nach Lage der Möglichkeit dann durch Aufleguna von Anleihen wieder fundieren. Diesen Weg gehen wir seit 1933 zielbewußt, und wir haben durch diese Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsbeschaffung und die Wehrhaftmachung finanziert."

Das deutsche Volk könne dem Führer für das gewaltige Werk der Wiederwehrhaftmachung nicht besser danken, als daß es unter Aufopferung von Lieblingswünschen aller Art alle Kräfte zusammenfasse, um dieses Werk durchzuführen. Dieser Kräfteeinsatz sei gerade auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik notwendig.

Der Minister wandte sich mit scharfen Worten gegen die Auffassung, daß es in einer Zeit des Aufbaues auf eine handvoll Millionen Mark nicht ankomme. Im Gegenteil, es komme heute mehr denn je auf jeden Pfennig an. Wenn wir nicht fähig und gewillt seien, unsere Ausgabenpolitik so zusammenzufassen, daß wir im Hinblick auf die Erreichung des uns gestellten großen Zieles jeden Pfennig umdrehen, werde dieses Ziel nie erreicht werden. Die Finanzbeamten könnten auch dem deutschen Volke gegenüber ihre Tätigkeit nur dann verantworten, wenn die Finanzverwaltung die Gewähr dafür übernehme, daß jeder einzelne Pfennig so angewendet werde, wie es der Arbeitsschweiß, der an diesem Pfennig hafte, verlange.

Weiter betonte der Minister, daß auch die Sparkraft des deutschen Volkes hineingestellt werden müsse in den Dienst der Wehrhaftmachung. Dies würde zur Folge haben, daß hier und da Lieblingswünsche, aber auch wirtschaftlich Wertvolles und vielleicht Notwendiges, zurückgestellt werden müsse vor der Erreichung des einen Zieles. Diese wirtschaftlichen Aufgaben, wie etwa auch der Wohnungsbau, würden zurückgestellt als die großen Arbeitsreserven für eine Zeit, in der die Wehrhaftmachung bis zu einem gewissen Grade durchgeführt sei.

Dem Außenhandel wies der Redner die Aufgabe zu, den Sicherungsfaktor für unsere Rohstoffeinfuhr zu bilden. Das sei wichtiger für die gesamte Wirtschaft, als daß man von dem Außenhandel eine starke Belebung der Wirtschaft durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlange.

Mit bestimmten Worten hob der Reichsfinanzminister sodann die **Bedeutung der Privatinitiative des einzelnen Unternehmers** hervor, die nicht ausgeschaltet werden dürfe, wenn auch für die nächsten Jahre der Hauptanteil an der wirtschaftlichen Belebung nach wie vor dem Staat zufalle.

Der Minister rief am Schluß seiner Ausführungen alle deutschen Volksgenossen auf, sich durch zeitweilig auftretende Schwierigkeiten nicht an der großen Aufgabe irre machen zu lassen. Die Regierung könne die großen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn jeder Einzelne bereit und gewillt sei, an seinem Platze mitzuarbeiten.

Haltlose Gerüchte über deutsche Bemühungen um Auslandskredite

DNB. **Berlin**, 11. Dez. In der ausländischen Presse finden sich wieder einmal Mitteilungen darüber, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht angeblich in England Kredite nachgesucht habe. Diese Meldungen sind, wie alle früheren, glatte Erfindungen und völlig unbegründet.

Der letzte Versuch

Ein Bild von der Zusammenkunft des französischen Ministerpräsidenten Laval mit dem englischen Außenminisien Hoare im Rahmen der englisch-französisch. Verhandlungen in Paris. Rechts am Tisch der ständige Unterstaatssekretär im englischen Außenministerium, Sir Robert Vansittart. — In dieser Konferenz wurde bekanntlich das angeblich letzte Angebot an Mussolini besprochen.

(Weltbild, M)

Unterhausaussprache über die Friedensvorschläge

Die Beunruhigung der Parlamentsmitglieder über die Entwicklung des abessinischen Streitfalles fand im Unterhaus in später Abendstunde Ausdruck in einer längeren Aussprache, die von Ministerpräsident Baldwin abgeschlossen wurde. Die Ausführungen der Oppositionsredner zeigten, daß sie durch Edens Erklärung keineswegs beruhigt worden sind, sondern befürchten, daß die französischen Pressemeldungen über den Inhalt des Friedensplanes nicht völlig auf Erfindung beruhen.

Baldwin sagte u. a., seine Haltung gegenüber dem Völkerbund sei stets folgerichtig gewesen. Er habe niemals den Standpunkt vertreten, daß bei einem Versagen des Völkerbundes Verzweiflung am Platze sei, im Gegenteil sollte ein solches Versagen ein Antrieb sein, das nächstemal nach einer besseren Leistung zu streben. Die britische Regierung schreite auf dem bisherigen Wege gemeinsam mit anderen Völkerbundsmitgliedern vorwärts und werde so weit gehen, wie die anderen Mitglieder gehen wollten. Ein einseitiges Vorgehen werde jetzt ebenso wenig wie früher beabsichtigt. Die Macht Englands sei nicht vollkommen, wenn auch sein Ansehen groß sei. Vielleicht werde dieses Ansehen durch die Aussprache geschädigt werden, aber er hoffe, daß dies nicht der Fall sein werde.

Baldwin erklärte: Wir hatten Auftrag, diese Untersuchung mit den Franzosen anzustellen. Eden wird dem Völkerbund seinen Bericht erstatten. Er wird und kann gar nicht die Annahme der Regelung dem Völkerbund aufnötigen, wenn der Völkerbund nichts davon wissen will. Ebenso wenig kann er sie Italien oder Abessinien aufnötigen **Wir wissen nicht, was jede dieser drei Parteien beschließen wird. Wenn nichts dabei herauskommt, müssen wir es später nach und nach wieder versuchen.** Wir werden wiederum die ganze Frage zu erwägen haben, wie weit Sühnemaßnahmen gehen können.

Die Opposition hat es so hingestellt, als wäre es eine ganz einfache Sache, die Oelzufuhr nach Italien zu unterbinden. Es handelt sich aber um eine außerordentlich verwickelte Frage. Wenn wir den Schritt tun, müssen wir sicher sein, daß er wirksam ist. Wir setzen genau dieselbe Politik wie bisher fort. Eden reist am Mittwoch nach Genf und wir werden sehr bald wissen, welche Rückwirkungen der von uns gesteuerte Kurs hervorrufen wird. Hierauf setzte die Arbeiteropposition zum Zeichen des Protestes eine Abstimmung über die Antwortadresse auf die Thronrede durch. Die Adresse wurde mit 281 gegen 139 Stimmen angenommen.

*

Uebereinstimmung zwischen Paris und London

Die Verfahrensfrage noch nicht geklärt

Paris, 11. Dez. Wie in politisch gut unterrichteten Kreisen bekannt wird, ist in der Besprechung, die Laval mit Unterstaatssekretär Sir Robert Vansittard und dem britischen Botschafter in Paris gehabt hatte, endgültig die **Uebereinstimmung zwischen der französischen und der britischen Regierung über die Formulierung der Bedingungen** zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles festgelegt. Diese Formulierungen bilden auch den Inhalt der Vorschläge, die im Laufe der Nacht den Botschaftern bezw. Gesandten Italiens und Abessiniens übermittelt werden sollen. Der britische Kabinettsrat habe die Friedensvorschläge vollkommen gebilligt und wenn Einwände erhoben worden seien, so hätten diese nur Einzelheiten im Wortlaut betroffen.

Es bleibe jetzt lediglich die Frage des Verfahrens offen, die bis zum Augenblick noch nicht vollkommen geklärt sei. Laval, der am Mittwoch abend nach Genf reise, werde im Laufe seiner Fahrt oder bei seiner Ankunft darüber eine Besprechung mit Eden haben, der sich ebenfalls nach Genf begebe, um England im Achtzehner-Ausschuß zu vertreten. Madariaga werde sich im gleichen Zuge befinden. Somit würden die französischen und die englischen Minister Gelegenheit haben, sich mit dem Vorsitzenden des Fünfer-Ausschusses zu besprechen. Man sei daher der Ansicht, daß in Anbetracht der britisch-französischen Einigungsbemühungen der Achtzehner-Ausschuß dazu gebracht werden könne, seine Entscheidung über die Oelfrage hinauszuschieben. Auf Grund der Pariser Vorschläge würden notwendigerweise Besprechungen in Genf stattfinden.

*

Friedensplan in Rom überreicht

Rom, 11. Dez. Mussolini empfing am Mittwoch nacheinander die Botschafter von England und Frankreich zur Ueberreichung der französisch-englischen Vorschläge in der abessinischen Frage. Im Laufe des Abends wird wahrscheinlich eine amtliche Mitteilung über die Entgegennahme dieser Vorschläge erfolgen, was jedoch nicht, wie von amtlicher Seite erklärt wird, zugleich eine Stellungnahme Italiens bedeuten wird. Die Vorschläge, die technisch sehr verwickelter Art seien, zu denen also nicht in wenigen Stunden Stellung genommen werden könne, würden zunächst von zuständiger italienischer Stelle in allen Einzelheiten geprüft werden. Eine Antwort könne frühestens in einigen Tagen erfolgen. Immerhin sei die Tatsache der Uebergabe der Vorschläge in amtlichen italienischen Kreisen mit Genugtuung aufgenommen worden. Auch würden die Bemühungen Frankreichs und Englands gern anerkannt.

*

Der Hoare-Laval-Plan vor den Achtzehner-Ausschuß

London, 11. Dez. Der Völkerbundsminister Eden hat am Mittwoch London verlassen, um sich ohne Aufenthalt nach Genf zu begeben. Wie verlautet, geht diese Reise Edens nach Genf auf den Beschluß des Kabinetts zurück. Es hat beschlossen, daß der englisch-französische Friedensplan, der sogenannte Hoare-Laval-Plan, am Donnerstag dem Achtzehner-Ausschuß des Völkerbundes vorgelegt werden soll. Die Beratung der Oelsperre soll auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Eine Erklärung der abessinischen Gesandtschaft in Paris.

DNB. **Paris**, 11. Dez. Die abessinische Gesandtschaft in Paris veröffentlicht folgende Mitteilung:

Abessinien ist das Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs geworden, der einmütig vom Völkerbundsrat und vom Völkerbund feierlich verurteilt worden ist. Unter diesen Umständen ist die abessinische Regierung fest entschlossen, alle Vorschläge auszuschalten, die in mittelbarer oder unmittelbarer Form dem italienischen Angreifer eine Belohnung zuerkennen und die Grundsätze verkennen würden, die der Völkerbundsrat und die Völkerbundsausschüsse, wie auch der Völkerbund überhaupt, beteuert haben, insbesondere den Grundsatz des gebietsmäßigen und politischen Bestandes Abessiniens, sowie ferner alle Vorschläge, die darauf abzielen, auf einen schwachen Staat einen Druck auszuüben, um ihn dahin zu bringen, daß er sich die Herrschaft einer mächtigen Regierung gefallen lasse, die stets betont hat, daß sie sich mit Gewalt den Triumph ihrer ehrgeizigen Ziele sichern wird, und zwar mit, ohne oder gegen den Völkerbund.

*

Abessinien und die englisch-französischen Vorschläge.

DNB. **London**, 11. Dez. Der abessinische Gesandte in Paris, Maryam, erklärte in einer Unterredung mit Reuter: Wenn in den neuen Friedensvorschlägen davon die Rede ist, daß Abessinien Gebietsteile an Italien aushändigen solle, dann werden wir lieber weiter kämpfen, bis kein Abessinier mehr am Leben ist, als daß wir auf diese Weise dem Angreifer nachgeben. Wenn die Vorschläge auch nur annähernd dem entsprechen, was über sie in der Presse veröffentlicht worden ist, dann sind sie geradezu lächerlich.

Weiter starke Zurückhaltung in Rom

DNB. **Rom**, 11. Dez. Die starke Zurückhaltung, die in den letzten Tagen in allen politischen Kreisen Italiens gegenüber den Pariser Besprechungen zu beobachten ist, hält auch nach der amtlichen Uebergabe der französisch-englischen Vorschläge unverändert an.

Selbst sofern aus dem Auslande ein leichter Optimismus verzeichnet wird, geschieht dies in recht gedämpfter Weise; andererseits wird den Schwierigkeiten der britischen Regierung und den Gegensätzen in der öffentlichen Meinung in England lebhafte und vielleicht auch etwas bewußte Beachtung geschenkt. Auf jeden Fall werden die Anzeichen für weitere Schwierigkeiten aufmerksam beachtet, wobei Uebereinstimmung darüber vorhanden ist, daß man immerhin mit einer ziemlich langen Dauer der vielleicht in der nächsten Zeit in Gang kommenden Verhandlungen rechnen müsse.

Inzwischen wird in der italienischen Presse weiterhin die völlig geschlossene Einheit des italienischen Volkes, die auf allen Gebieten des politischen Lebens und der öffentlichen Meinung zu beobachten sei, als Hauptthema behandelt. Die vollkommen einmütige Stellungnahme von Kammer und Senat sei, wie am Mittwoch das halbamtliche „Giornale d'Italia" ausführt, der beste Beweis dafür, daß das ganze italienische Volk in allen seinen Schichten hinter Mussolini und dem Faschismus stehe. Das italienische Volk sei entschlossen, ob Oelsperre oder nicht, die aktive Abwehraktion fortzusetzen, bis in der abessinischen Streitfrage Lösungen gefunden werden, die Italiens Ehre, seiner Kultur und seinen verbrieften und anerkannten Rechte Rechnung tragen.

*

Ablehnende Stimmen in Norwegen

Oslo, 11. Dez. Die Nachrichten von dem englisch-französischen Friedensvorschlag im ostafrikanischen Konflikt werden von den führenden Blättern Norwegens mit großer Empörung wiedergegeben. „Aftenposten" schreibt, daß der Völkerbund, falls er diese Vorschläge gutheiße, den letzten Funken von Idealismus verlieren würde. Norwegen müsse dann aus dem Völkerbund austreten. Die kleinen Staaten hätten nichts zu suchen dort, wo von den Großmächten über die Köpfe der Kleinen hinweg nach den „alten Methoden" die wichtigsten Entscheidungen getroffen würden. Die Verwirklichung dieser Friedensvorschläge wäre geradezu eine Belohnung des Angreifers. „Dagbladet" sagt, daß der Völkerbund es nicht den Großmächten überlassen dürfe, den ostafrikanischen Konflikt nach ihren selbstsüchtigen Interessen zu lösen. Selbstverständlich könnten die kleinen Staaten im Völkerbund keine Verantwortung für die nunmehr getroffene Ordnung der Dinge übernehmen. Ein solcher Friede, wie ihn England und Frankreich vorschlügen, machte die Verhandlung von Konflikten durch den Völkerbund zu einer Karikatur. Es erscheine im übrigen auch nicht glaubhaft, daß Abessinien einen solchen Frieden freiwillig annehmen würde.

Kabinettskrise in der Tschechoslowakei

Prag, 11. Dez. In den Mittagsstunden des 11. Dezember beschloß ein außerordentlicher Ministerrat den Rücktritt der Gesamtregierung. Ministerpräsident Hodza hat sich nach Schloß Lana zum Staatspräsidenten Masaryk begeben und seinen Rücktritt angeboten.

Staatspräsident Masaryk hat den Rücktritt der Regierung, den ihm der Ministerpräsident Hodza am Mittwoch nachmittag auf Schloß Lana anbot, nicht angenommen. Ueber die weitere Entwicklung der durch die Krise in der Regierungsmehrheit entstandenen schwierigen Lage herrscht Unklarheit.

Ministerpräsident Hodza hat den Ministerrat für den Nachmittag zu einer zweiten außerordentlichen Sitzung einberufen, in der die Lage erörtert werden wird. Da der radikale Flügel der tschechischen Agrarier den Wünschen der linken Parteien weiter heftigen Widerstand entgegensetzt, ist augenblicklich nicht abzusehen, wie eine Lösung der Krise erfolgen wird.

Vor dem Rücktritt der ägyptischen Regierung

Kairo, 11. Dez. Ministerpräsident Tewfik Nessim Pascha wird am Donnerstag dem König den Gesamtrücktritt des Kabinetts anbieten.

Wie verlautet, ist der Grund für den Rücktritt darin zu suchen, **daß England sich gegenüber den ägyptischen Wünschen auf Wiedereinführung der Verfassung von 1923 ablehnend verhält.** Man rechnet damit, daß der König die Parteiführer zu Besprechungen empfangen wird.

Herzen im Kampf

ROMAN VON LIANE SANDEN

Urheber-Rechtsschutz: Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Bez. Dresden)

7]

„Lieber fahre ich selbst hin, Herr Justizrat. Bitte, wie lautet die Adresse? Lützowstraße 24?" Sie notierte eifrig. „Ehe wir Anschluß bekommen, bin ich auch schon da; ich habe nämlich den Wagen unten."

„Und mit wieviel Strafmandaten? Gut, daß Sie den armen Anwälten durch Ihr rasendes Fahren auch mal was zu verdienen geben", neckte Lerch, Hanna Sturm zur Tür begleitend. „Und wenn Sie etwas über die kleine Hagen erfahren haben, bitte, geben Sie mir Nachricht, ich beteilige mich auch an der Hilfsaktion, wenn es mir möglich ist."

III.

Diese drittklassigen Pensionen sind doch eine wie die andere, dachte Hanna Sturm, als sie sich in dem „Salon" der Pensionsinhaberin Reschke umsah. Da waren die gleichen, etwas abgewetzten Samtmöbel, denen man an diesen Orten immer wieder begegnete, da war der Tisch mit der unvermeidlichen Batikdecke. Da gab es den sogenannten Damenschreibtisch, an dem man niemals einen vernünftigen Brief zu Papier bringen konnte, so vollgestellt war er mit verblaßten Photographien und allerlei Krimskrams. Da war auch Frau Reschke mit dem geschäftsmäßig krampfhaften Sächeln all derer, die heute vermieten müssen, um jeden Preis vermieten. Sie vermutete in Hanna Sturm zunächst auch einen sehr zahlungskräftigen Gast, sie hatte von ihrem Wohnzimmerfenster aus den eleganten Sportwagen ihrer Besucherin gesehen und taxierte die elegante junge Frau sofort auf Reichtum ein.

Aber sie wurde enttäuscht und mißtrauisch, als sie hörte, daß Hanna, die ihren Namen nicht nannte, nur in Sachen Marlene Hagens hierhergekommen sei.

„Da kann ich Ihnen gar nichts sagen, Fräulein", erklärte sie. Unter dem konventionellen Lächeln kam die Härte ihres Wesens für Hanna deutlich erkennbar zum Vorschein. „Ich habe schon genug Aufregung und Kosten durch die Person gehabt. Wer kommt mir für die Schäden der Explosion auf? Die Versicherung macht jetzt schon Sperenzien. Offenbare Fahrlässigkeit, hat mir der Mensch von der Versicherung gleich am Telephon gesagt. Wenn einer mit der Benzinflasche neben dem offenen Gasofen hantiert, da muß ja etwas passieren. Und das zu allem, was mir die Hagen noch schuldig ist. Das werde ich auch niemals wiedersehen. Das kommt davon, wenn man solche Leute aus Mitleid bei sich aufnimmt!"

„Nun, das Mitleid scheint bei Ihnen nicht allzu ausgebildet zu sein, verehrte Frau Reschke." Hannas Empörung über die Hartherzigkeit der Frau ging mit ihr durch. „Im übrigen beruhigen Sie sich. Für die Schulden von Fräulein Hagen wird man aufkommen. Bitte, stellen Sie mir in den nächsten Tagen die Abrechnung zusammen. Ich lasse sie mir abholen und sorge für Begleichung."

Frau Emma Reschke war im Augenblick wie umgewandelt:

„Das ist schön von Ihnen, Fräuleinchen, das ist wirklich schön. Sie müssen mir meine Worte nicht krummnehmen; aber ich muß heute auch auf mein Geld schauen. Wenn ich am Ersten nicht pünktlich meine Miete zahle und Gas und Elektrisch, dann geht's mir auch schlecht. Die Abgaben sind zu groß heute, sie erdrücken einen ja!"

Frau Reschke begann in längerer Rede, Hanna die Schwierigkeiten des Vermieterinnenberufs zu schildern. Hanna hörte sich das alles ruhig an. Sie wollte die Frau gefügig haben, um Näheres über Marlenes Leben hier zu erfahren.

Bald hatte sie denn auch aus Frau Reschkes Erzählung ein klares Bild gewonnen von Marlenes verzweifeltem Kampf, wieder festen Boden unter den Füßen zu erringen.

Als Frau Reschke dazwischen immer wieder sagte: „Man kann's eigentlich den Arbeitgebern auch nicht verdenken Fräulein, wo so viele Kräfte mit tadelloser Vergangenheit auf der Straße liegen, da nimmt man doch nicht gerade eine Diebin", wurde ihr Gesicht hart.

Auch immer wieder dasselbe, sann Hanna, immer wieder diese unbegreifliche Härte der Gesellschaft. Der Vorbestrafte war gebrandmarkt. Wie er auch kämpfen mochte, wieder eingereiht zu werden in die Gemeinschaft der Unbelasteten, seine Verfehlung war ein Stein, der ihm immer wieder in den Weg geworfen wurde. Aber Hanna wollte nicht, daß dieses Mädchen, das durch einen Zufall mit ihr in Verbindung gekommen, untergehen sollte.

„Ich danke Ihnen, Frau Reschke", sagte sie abschließend. „Ich habe nun ein ungefähres Bild. Also die Abrechnung laß ich abholen."

„Könnte der Bote dann vielleicht gleich das Geld mitbringen, Fräulein?" fragte Frau Reschke liebenswürdig.

Hanna lächelte ebenso liebenswürdig:

„Damit wollen wir doch noch warten, bis Fräulein Hagen in der Lage sein wird, Ihre Abrechnung durchzusehen, Frau Reschke. So ganz aufs Geratewohl möchte ich das Geld ja nun auch nicht ausgeben."

Frau Reschke wollte etwas sagen, aber Hanna Sturm hatte schon mit einem energischen Ruck die Korridortür hinter sich geschlossen. Mitten in ihrem Ärger über die Habgier dieser Frau mußte sie doch lachen. Der Wandel von Liebenswürdigkeit zu Wut in Frau Reschkes Gesicht war wirklich komisch gewesen.

*

Unter furchtbaren Schmerzen war Marlene Hagen aus der schweren, ohnmächtigen Betäubung erwacht, in die die schmerzlindernde Spritze Dr. Winklers sie versetzt hatte. Matt und stöhnend schlug sie die großen, grauen Augen auf und gab, nur zögernd und schwerverständlich für den vorsichtig forschenden Geheimrat, Bescheid auf die von ihr erbetenen Auskünfte. Sie war allein und hatte keinen Menschen, der ihr nahestand. „Bitte nur keine Berichte an die Zeitungen!" bat sie wiederholt, bis abermals eine barmherzige Morphiumspritze, die ihr diesmal der Geheimrat gab, der Ärmsten Ruhe verschaffte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg